

Gewerkschaftliche Vorstellungen zur Lösung der internationalen Stahlkrise

Rudolf Judith, geboren 1925 in Jungfer bei Danzig, ist Mitglied der IG Metall seit 1946, Vorstandsmitglied seit 1968. Er ist Leiter des Zweigbüros der IG Metall in Düsseldorf seit 1972. Im gleichen Jahr wurde er geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er ist Mitglied des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

1. Entstehung und Entwicklung der Stahlkrise

Die Eisen- und Stahlindustrie galt für viele Beobachter bisher als ein Wirtschaftszweig, mit dessen Entwicklung modellhaft das Auf und Ab in einer kapitalistischen Industriegesellschaft erklärt werden konnte. Dieser Modellcharakter hat sich seit Anfang 1975 schlagartig geändert. Bis zum heutigen Tag vermeldet die Eisen- und Stahlindustrie Wachstumsschwäche, Unterbeschäftigung und aufgrund der unzureichenden Kapazitätsausnutzung und des weltweiten Preisverfalles hohe Betriebsverluste. Die Konsequenzen sind Kurzarbeit, Betriebsstillegungen, Personalabbau und sogar in einigen Fällen Massenentlassungen.

Die anhaltend schlechte Beschäftigung erstreckt sich insbesondere auf den Profilstahlbereich. Manche Beobachter der Situation in der Eisen- und Stahlindustrie sprechen nicht mehr von einem konjunkturellen Auf und Ab, sondern von einer Strukturkrise. Um die deutsche Entwicklung zu beurteilen, ist allerdings ein Blick auf die Lage der Eisen- und Stahlindustrie in der gesamten Welt erforderlich. Wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt, als Maßstab für die Beurteilung der Stahlbranche die *Rohstoffproduktion* heranzuziehen. 1977 sind nach ersten Schätzungen in der gesamten Welt rd. 673 Mio. t Rohstahl hergestellt worden. Das ist bis auf 0,5 Prozent die gleiche Menge wie 1976.

Jedoch haben sich die *Anteile der Stahlherstellerländer* bzw. -bereiche deutlich geändert. So betrug beispielsweise der Anteil der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten und Japan im Jahre 1974 noch rd. 58 Prozent an der Weltrohstahlerzeugung; 1977 ist dieser Anteil auf rd. 50 Prozent zurückgegangen. Dagegen sind die Länder des COMECON-Bereiches und der übrigen Welt in einem stetigen Vormarsch begriffen. Der Anteil der COMECON-Länder an der Weltrohstahlerzeugung belief sich 1977 auf rd. 30 Prozent (1974: rd. 26 Prozent), derjenige der übrigen Welt auf 20 Prozent (1974: rd. 16 Prozent). Wir lesen beispielsweise von Wachstumsraten in Höhe von 11 Prozent und mehr in einigen südamerikanischen Ländern und in der Volksrepublik Korea. Es ist damit zu rechnen, daß es durch die

im Bau befindlichen und geplanten Anlagen zur Herstellung von Stahl in den sich entwickelnden Industrieländern zukünftig zu noch weiteren Verschiebungen zuungunsten der traditionellen Stahlerzeugerländer kommen wird. Die theoretische Welt-Rohstahlkapazität wird von Fachleuten z. Z. auf rd. 1 Mrd. t geschätzt, die durchhaltbare Kapazität dürfte sich etwa auf 850 Mio. t belaufen. Im Bereich der Europäischen Gemeinschaft (EG) sind 1977 im Vergleich zum Vorjahr und zu 1974 folgende Rohstahlmengen hergestellt worden:

Entwicklung der Rohstahlerzeugung in der EG*)					
Land	1977 Mio. t	1976 Mio. t	1974 Mio. t	Differenz in Prozent zu	
				1976	1974
BRD	38,985	42,415	53,232	./. 8,1	./. 26,8
Frankreich	22,101	23,221	27,023	./. 4,8	./. 18,2
Italien	23,336	23,447	23,803	./. 0,5	./. 2,0
Niederlande	4,924	5,186	5,840	./. 5,1	./. 15,7
Belgien	11,260	12,145	16,225	./. 7,3	./. 30,6
Luxemburg	4,329	4,566	6,448	./. 5,2	./. 32,9
Großbritannien	20,450	22,274	22,318	./. 8,2	./. 8,4
Irland	0,044	0,058	0,110	./. 24,1	./. 63,6
EG	126,114	134,034	155,534	./. 5,9	./. 18,9

*) Quelle: Monatsheft Januar 1978 des Statistischen Bundesamtes, Außenstelle Düsseldorf

Der *Auslastungsgrad* - gemessen an der höchstmöglichen Rohstahlerzeugung - betrug im EG-Bereich im vergangenen Jahr rd. 63 Prozent.

In den Vereinigten Staaten hat sich die Rohstahlerzeugung wie folgt entwickelt:

1977 Mio. t	1976 Mio. t	1974 Mio. t	Differenz in Prozent zu	
			1976	1974
115,770	118,790	135,235	./. 2,6	./. 15,4

Auch *Japan* hat das hohe mengenmäßige Produktionsniveau der Vorjahre nicht halten können. 1977 wurden rd. 102,404 Mio. t Rohstahl hergestellt; das bedeutet einen Rückgang gegenüber 1976 (107,399 Mio. t) von 4,7 Prozent und gegenüber 1974 (117,131 Mio. t) einen Abfall von 12,6 Prozent. Die *Bundesrepublik* Deutschland erlebte 1977 mengenmäßig das schlechteste Stahljahr seit 1967. Wie bereits in der vorstehenden Tabelle gezeigt, beläuft sich der Rückgang der Rohstahlerzeugung gegenüber 1976 auf rd. 8 Prozent und im Vergleich zu 1974 gar auf rd. 27 Prozent. Nun kommt es nicht auf die Höhe der Rohstahlproduktion in den einzelnen Ländern oder Bereichen an, sondern auch auf die Beziehungen von Produktion zum Verbrauch in den betreffenden Ländern oder Bereichen. Bei der Untersuchung dieser Relation müssen wir feststellen, daß Japan und die Länder der Europäischen Ge-

meinschaft weitaus mehr Rohstahl und Stahlerzeugnisse produzieren als sie verbrauchen. Der *Stahlverbrauch* ging in Japan 1977 im Vergleich zu 1974 um 22 Prozent oder 19 Mio. t zurück, in der EG um 9 Prozent oder 12 Mio. t, in USA um 10 Prozent oder 15 Mio. t. Im Bereich des COMECON ist der Verbrauch dagegen um 8 Prozent oder 16 Mio. t angestiegen. Da Japan und die EG-Länder mehr produzieren, als sie selbst an Stahl verbrauchen, sind ihre *Exportaktivitäten* sehr groß. Dabei ist zu beachten, daß Japan kaum Stahl importiert, während die EG-Länder nicht nur ausführen, sondern auch in beträchtlichem Umfange Stahl importieren. Die Vereinigten Staaten importieren weitaus mehr Stahlerzeugnisse, als sie exportieren.

2. Ursachen der Stahlkrise

Es stellt sich die Frage, wo die Ursachen für die Stahlkrise, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, liegen. Die Ursachen dürften im wesentlichen zurückzuführen sein auf:

- Nachfrageverschiebungen
- Neue Technologien
- Standortvorteile bzw. -nachteile
- Wettbewerbsverzerrungen

Seit einigen Jahren geht die Tendenz dahin, auf verschiedenen Gebieten den relativ teuren Werkstoff Stahl durch andere billigere Werkstoffe zu ersetzen. Zudem haben Abnehmerbranchen, die bisher in großem Maße Profilstahlerzeugnisse verbraucht haben (Bauindustrie), einen Sättigungsgrad erreicht. Alle diejenigen Unternehmungen der Stahlbranche, die sich auf diese Entwicklung nicht rechtzeitig eingestellt haben und ihre Produktion in Richtung auf Flachstahlprodukte verlagert haben, sind in den letzten Jahren in arge Bedrängnis geraten.

Die Nachfrageverschiebungen und der Nachfragerückgang haben zu einem enormen *Preiswettbewerbsdruck* geführt, der Formen der ruinösen Konkurrenz angenommen hat. Bei nicht ausgelasteten Kapazitäten (hoher, nicht durch die Preise gedeckter Fixkostenanteil) und starkem Importdruck kommt es zu Liquiditätsengpässen und zur Vernichtung von Kapazitäten.

Um Kapazitätsvernichtungen und damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu vermeiden, sind verschiedene Stahlherstellerländer der westlichen Welt dazu übergegangen, ihre Stahlbranchen zu subventionieren, gleich ob die Kapazitäten - mit internationalen Maßstäben gemessen - noch produktiv arbeiten oder nicht. Solche staatlichen Stützungsmaßnahmen haben in den vergangenen 3 Jahren zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in denjenigen Ländern geführt, deren Stahlindustrie nicht durch zusätzliche staatliche Hilfe subventioniert worden ist. Zu diesen Ländern zählt die Bundesrepublik Deutschland. Es soll hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden, daß auch noch die Veränderung der Währungsrelationen (Abwertungen) dazu beigetragen hat, die Exportbedingungen insbesondere für deutsche Stahlerzeugnisse zu verschlechtern.

Es ist von schwerwiegender Bedeutung, daß auf dem notleidenden Profilstahlsektor in jüngster Zeit die *Ministahlwerke*, die auf Schrottbasis mit preiswertem Energieverbrauch insbesondere billig Stabstahl und Betonstahl herstellen, zu einem großen Störfaktor geworden sind. Diese Wettbewerber haben, da sie überwiegend Familienbetriebe sind, kaum Kosten für Forschung und Entwicklung zu tragen.

Diese neue Technologie der Stahlerzeugung mit Hilfe der Ministahlwerke ist besonders in Oberitalien verbreitet und ist gegenüber der Stahlerzeugung in den traditionellen, integrierten Hüttenwerken wesentlich kostengünstiger. Wenn diese Kostengünstigkeit noch mit staatlicher finanzieller Hilfe weiter gefördert wird, entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die mit marktwirtschaftlichen Mitteln nicht zu beheben sind.

Die seit 3 Jahren andauernde Krise in der Eisen- und Stahlindustrie hat zu folgenschweren personellen Konsequenzen in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie geführt. Der rapide Personalabbau geht aus folgender Tabelle hervor:

Gesamtbelegschaft einschließlich Auszubildende			
31. 12. 1974 343 995	31. 12. 1975 330 808	31. 12. 1976 324 015	31. 12. 1977 307 967

Quelle: Statistische Berichte des Betriebswirtschaftlichen Instituts der Eisenhüttenindustrie unter Mitarbeit des Statistischen Bundesamts, Außenstelle Düsseldorf, Januar 1975; Januar 1976; Dezember 1976; Dezember 1977.

Die Beschäftigtenzahl ist allein in den letzten drei Jahren um insgesamt 36 028 = 10,5 Prozent Arbeitnehmer zurückgegangen. Bei den Arbeitern betrug der Rückgang 31 802 = 12 Prozent, bei den Angestellten 4226 = 5,4 Prozent. Die negative Beschäftigungsentwicklung wurde darüber hinaus durch die im gesamten Zeitraum anhaltende Kurzarbeit geprägt.

Neben der Kurzarbeit wurden in der Personalpolitik der Eisen- und Stahlindustrie noch andere Maßnahmen eingesetzt, um Entlassungen zu verhindern. Aufgrund eines sehr streng gehandhabten Einstellungsstopps wurde die Fluktuation nicht ersetzt. Mit Hilfe von Sozialplänen wurde frühzeitiges Ausscheiden der Arbeitnehmer aus den Unternehmen erleichtert, um so die Voraussetzungen für den Bezug des vorzeitigen Altersruhegeldes zu erreichen.

3. Zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik

Es ist geradezu ein wesentliches Merkmal der entwickelten Industriegesellschaft, daß Wirtschaft und Politik sehr eng miteinander verzahnt sind. Von dieser Verknüpfung sind beide Seiten betroffen: Eine gesunde Volkswirtschaft ist eine wichtige Grundlage für stabile politische Verhältnisse. Die Weiterentwicklung der Gesellschafts- und Sozialpolitik hängt von einem guten Funktionieren der Wirtschaft ab.

Dem Staat stehen folgende Einwirkungsmöglichkeiten auf die Wirtschaft offen:

- staatliche Beihilfen in Form von Zuschüssen und Darlehen, verbunden mit unterschiedlichen Auflagen,
- der Staat selbst als Auftraggeber, insbesondere bei der Entwicklung der Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser, Straßen u. a.),
- der Staat als Produzent, damit Einflußnahme auf die Preisgestaltung,
- politische Aktivitäten im Außenhandel und in der Entwicklungshilfe (Beschäftigung der heimischen Industrie).

Im Zusammenhang mit der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie ist vom Staat folgendes zu beachten:

Sollen die Arbeitsplätze in diesem Industriezweig, der durch extreme Marktschwankungen betroffen ist, langfristig gesichert werden, muß der Staat gewisse Garantien übernehmen. Dann ist aber auch durch öffentliche Auflagen sicherzustellen, daß solche Hilfen dem öffentlichen Interesse dienen: vor allem, daß damit Arbeitsplätze gesichert werden. Nichts sichert die Einhaltung solcher Auflagen besser, als wenn die öffentliche Hand im Umfang ihres finanziellen Engagements auch Kapitalanteile an solchen Werken übernimmt. Keinesfalls geht es an, daß Verluste der Allgemeinheit aufgeladen, Gewinne dann aber privat kassiert werden.

4. Lösungen der Krise in der Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft

Die Lösung der Krise in der Stahlindustrie in Westeuropa muß zunächst einmal in Brüssel gesucht werden. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat sich in der ersten Phase mit Empfehlungen an die Unternehmen gewandt. Diese Maßnahmen wurden Ende 1976 beschlossen und unter dem Namen „Simonet-Plan“ bekannt. Kernstück dieses Krisenplanes war die Aufstellung von Lieferprogrammen für sechs verschiedene Walzstahlerzeugnisse und für einzelne Unternehmensgruppen. Die Lieferprogramme wurden nach den zwei Prinzipien aufgestellt:

- Erzielung eines globalen Gleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage nach Stahl auf europäischer Ebene im Interesse eines auskömmlichen Preisniveaus und
- relative Opfergleichheit zwischen den Ländern und Unternehmen, das heißt ein gleichmäßiges Zurückfahren der Produktion.

Der Erfolg dieser Maßnahmen war völlig unbefriedigend. Eine Reihe von Erzeugern, vor allem in Italien und Belgien, schlossen sich dem disziplinierten Vorgehen nicht an und versprachen mehr als sie hielten. Schließlich stiegen die Importe weiter an, indem sie die Stabilisierungsbemühungen der Kommission zu ihren Gunsten ausnutzten. Die sich immer mehr zuspitzende Lage im dritten Krisenjahr 1977

war Anlaß für die Kommission, ergänzend zu den Mengenmaßnahmen auch die Preisseite mit in ihr Stützungsprogramm einzubeziehen.

Diese Entscheidungen wurden in Anlehnung an das für Industriefragen zuständige Mitglied der EG-Kommission, Graf *Davignon*, als „Davignon-Plan“ bekannt. Mit Wirkung vom 1. 7. 1977 wurden für eine Reihe von Produkten Orientierungspreise vorgegeben, zu deren Einhaltung auf dem EG-Markt sich die großen europäischen Stahlerzeuger verpflichtet haben. Der Unterschied zwischen Orientierungspreis und Mindestpreis besteht darin, daß die Mindestpreise obligatorisch sind und ihre Nichteinhaltung unter anderem Geldbußen nach sich ziehen können.

In einer ab 1. 8. 1977 wirksamen zweiten Stufe wurden die Orientierungspreise bei einigen Erzeugnissen nochmals heraufgesetzt bei gleichzeitiger Einbeziehung weiterer Erzeugnisse.

Auch diesen Schritten war kein durchgreifender Erfolg beschieden. Mitte 1977 ist zur Schaffung einer besseren Transparenz für die Stahlimporte ein System der automatischen Lizenzierung eingeführt worden. Parallel dazu wurden auf diplomatischer Ebene die Kontakte zu Japan und anderen stahlanbietenden Ländern intensiviert, um deren Stahlerzeuger zur Selbstbeschränkung ihrer Lieferungen in den europäischen Markt zu veranlassen.

Auch diese Maßnahmen an der Grenze haben die Marktsituation nicht verbessern können. Um einem Eingreifen von einzelnen Regierungen in den Markt zuvorzukommen, was unzweifelhaft zur Zerstörung des gemeinsamen Marktes geführt hätte, hat die EG-Kommission dem Ministerrat kurz vor Jahresende deshalb eine weitere Verschärfung der bisherigen Eingriffe vorgeschlagen. Die neuen Maßnahmen schließen erstmals auch einen direkten handelspolitischen Eingriff ein: Die Kommission hat nämlich sogenannte Basispreise festgelegt, die beim Stahlimport nicht mehr unterschritten werden dürfen.

In den letzten Wochen hat sich der Eindruck verstärkt, daß die von der EG-Kommission eingeleiteten Maßnahmen greifen.

5. Staatliche Hilfen für die Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland

Die deutsche Stahlindustrie hat für den weit überwiegenden Teil ihrer Kapazitäten im weltweiten Vergleich, aber auch gemessen am Standard der europäischen Partner, was ihre Produktivität betrifft, auch für die Zukunft gute Chancen. Darüber hinaus spricht für den Standort Bundesrepublik

- der sozial-stabilisierende Effekt der paritätischen Mitbestimmung,
- eine vernünftige Tarifpolitik,
- ein überdurchschnittliches technisches Niveau, hochqualifizierte Arbeitskräfte

- und eine solide finanzielle Basis der Stahlindustrie als Ganzes, nicht zuletzt als Folge gesamtwirtschaftlicher Vorteile, um die uns die Welt vierfach beneidet.

Für uns muß es daher aus gewerkschaftlicher Sicht um zweierlei gehen:

1. den im Zuge der technologischen Umstellung erforderlichen mittelfristigen Beschäftigungsabbau ohne Nachteile für die hiervon Betroffenen vorzunehmen;
2. die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie in einer weitgehend dirigistisch gelenkten Umwelt evtl. auch durch unkonventionelle Maßnahmen zu erhalten.

Dabei sind die wichtigsten Anliegen:

- die Einräumung von Weltmarktpreisen für den Einsatz heimischer Kohle,
- die Gewährung zinsgünstiger Kredite und die Übernahme von Bürgschaften für arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzzerhaltende Investitionen,
- die Gewährung von zinslosen Darlehen für arbeitsplatzschaffende Investitionen.

Mit der Rückzahlung der Kredite sollte begonnen werden, sobald die Stahlunternehmen die Gewinnzone wieder erreichen.

Zur Lösung der Beschäftigungsprobleme ist es darüber hinaus erforderlich, sozial flankierende Maßnahmen wie die der vorzeitigen Pensionierung von Stahlarbeitern gesetzlich zu regeln.

6. Gewerkschaftliche Initiativen zur Lösung der Stahlkrise

Der drastische Rückgang der Stahlnachfrage am Jahresende 1974 wurde von den Unternehmensleitungen, den Betriebsräten und auch von der IG Metall zunächst nur als die gewohnte Wellenbewegung in dem normalen konjunkturellen Ablauf angesehen. Als jedoch Mitte 1975 das gesamte Ausmaß der Stahlkrise zu übersehen war, erkannte die IG Metall früher als viele Unternehmensleitungen die weitgehenden Konsequenzen für die Arbeitnehmer. Die gewerkschaftlichen Initiativen bestanden zunächst darin, die in den Unternehmen anlaufenden Pläne zum Personalabbau so zu gestalten, daß die Interessen der Arbeitnehmer in vollem Umfange gewahrt wurden. Ziel der Personalpolitik war, in jedem Fall Entlassungen zu verhindern. Über einen sehr streng gehandhabten Einstellungsstopp für Arbeiter und Angestellte wurden die Abgänge nicht ersetzt. Mit Hilfe von Sozialplänen wurde ein frühzeitiges Ausscheiden der Arbeitnehmer aus den Unternehmen erleichtert. Die rechtlich mögliche Grenze ist dabei weitgehend ausgeschöpft, so daß die Zahl der über 59jährigen Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie nur noch sehr gering ist. In einigen Unternehmen werden heute schon - mit heimlicher Unterstützung der Arbeitsverwaltung - über Sozialpläne 57jährige und jüngere Arbeitnehmer in den Ruhestand versetzt.

Daraus leitet sich unsere Forderung ab, den überwiegend in Warmbetrieben beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie ebenso wie den unter Tage beschäftigten Bergarbeiter mit dem 55. Lebensjahr zu pensionieren. Da wir derzeit keine realistische Chance haben, diese Forderung gegenüber dem Gesetzgeber generell durchzusetzen, sollten die akuten Beschäftigungsprobleme für den genannten Personenkreis zunächst durch ein zeitlich begrenztes Sonderprogramm gelöst werden.

Vom 28. bis 30. Juni 1976 wurde auf der IMB-Weltkonferenz für die Eisen- und Stahlindustrie in Pittsburgh, USA, ein Aktionsprogramm für die Stahlindustrie angenommen. Darin wird die „Aufstellung sozialer und wirtschaftlicher Ziele, die einer laufenden Prüfung im Rahmen nationaler Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Stahlarbeitgebern zu unterwerfen sind“, gefordert. Eine solche Vollbeschäftigungspolitik ist im Lichte des Arbeitskräftebedarfs und seiner Entwicklung in der Stahlindustrie sowie in der allgemeinen Wirtschaft anzustreben, gestützt auf gut ausgearbeitete Vorausschätzungen¹.

Nach Auffassung des IMB ist ein ständiger weltweiter Überblick der Investitionsvorhaben der Eisen- und Stahlindustrie erforderlich. Zu beachten sind dabei die Auswirkungen des technologischen Fortschritts und der Produktionsverlagerung in die Entwicklungsländer auf die Beschäftigungslage. Die erwarteten quantitativen und qualitativen Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf die Beschäftigten sind sorgfältig zu ermitteln. „In jedem Stahlwerk hat eine langfristige Personalplanung unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften zu erfolgen, um die Beschäftigung zu sichern und deren mögliche zukünftige Erweiterung auf einer soliden Basis vor auszuplanen².“

Der IMB-Stahlausschuß hat am 13. April 1977 in Frankfurt am Main erklärt, unter den Bedingungen eines normalen Wettbewerbs müsse ausgeschlossen werden, daß konjunkturbedingte Schwierigkeiten in der Stahlindustrie durch Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden und Fehlentscheidungen auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgen³.

Der IMB-Stahlausschuß verlangt mit allem Nachdruck, daß Unternehmen und Behörden im nationalen und internationalen Rahmen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, ihre beschäftigungspolitischen Entscheidungen an langfristigen Perspektiven und Zielen ausrichten. Die dem IMB angeschlossenen Verbände verpflichten sich in dieser Erklärung, in ihren Ländern zur Realisierung der vorgenannten Bedingungen und zur Vorbereitung der geforderten Weltstahlkonferenz zu intervenieren⁴.

1 Schriftenreihe der IG Metall, Heft 74, Seite 59.

2 Schriftenreihe der IG Metall, Heft 74, Seite 60.

3 Schriftenreihe der IG Metall, Heft 74, Seite 56.

4 Schriftenreihe der IG Metall, Heft 74, Seite 56.

Die IG Metall hat für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland am 27. Mai 1977 in Dortmund eine Konferenz abgehalten, in der alle Fragen der Stahlkrise diskutiert worden sind.

Die Maßnahmen und Beschlüsse der Kommission der EG, insbesondere die zum Jahreswechsel 1977/78, sind auf dem Hintergrund einer umfassenden Beratung mit allen Gewerkschaften im Bereich der EG erfolgt. Sie werden daher auch von den Gewerkschaften mitgetragen.

Die IG Metall hat für den Bereich der Bundesrepublik in einem Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister ihre Konzeption zur Lösung der Krise in der Stahlindustrie dargelegt. Gleichzeitig haben wir uns an den Bundeskanzler gewandt und ihn gebeten, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen, mit dem Versuch, politische Lösungsmöglichkeiten für die Eisen- und Stahlindustrie zu diskutieren.

Das Zustandekommen einer solchen Zusammenkunft scheiterte bisher daran, daß die Stahlindustrie als Ganzes kein Konzept zur Lösung der Krise vorzulegen in der Lage ist. Großfusionen, wie sie vor einigen Monaten als Instrument zur Bewältigung der Stahlkrise diskutiert wurden, lehnt die IG Metall mit aller Entschiedenheit ab. Einerseits hätten sie schwerwiegende soziale Auswirkungen, da sie diejenigen Massenentlassungen auslösen würden, die beschäftigungspolitisch verhindert werden müssen; andererseits würden sie zu dem ökonomisch unsinnigen Ergebnis führen, daß Anlagen stillgelegt werden, die moderner sind als fortexistierende Werke in anderen Ländern.

Bund, Länder und Unternehmen in Staatsbesitz sollten bereit sein, sich notfalls an Stahlfirmen maßgeblich zu beteiligen. Ziel ist nicht Sozialisierung der Verluste zwecks Erhaltung der Strukturen, sondern Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch öffentliche Beiträge zur Strukturanpassung von Stahlfirmen. Im Notfall muß die öffentliche Hand ohnedies einspringen; da ist es oft besser, sich für das Unvermeidliche den besten Zeitpunkt selbst auszusuchen. Das gleiche gilt für öffentliche Kredite und Bürgschaften.

Alle derartigen Finanzhilfen sind mit strukturpolitischen Auflagen zu verbinden, insbesondere - nach Absprache mit der IG Metall und dem Betriebsrat - für die Personalpolitik.